

INSTITUT FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

DENKSCHRIFT

auf Grund der Enquete über die Lage
des wissenschaftlichen Lebens
in Oesterreich



INSTITUT FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

DENKSCHRIFT

auf Grund der Enquete über die Lage
des wissenschaftlichen Lebens
in Oesterreich

abgehalten im Festsale des Neuen Wiener Rathauses
am 4. November 1948

Diese Denkschrift ist den gewählten Vertretern des österreichischen Volkes mit dem Ersuchen gewidmet, ihren Inhalt noch bei der Erstellung des Bundesvoranschlages für 1949 zu berücksichtigen. Um den Volksvertretern das Studium der Denkschrift in der verfügbaren kurzen Zeit möglich zu machen, ist sie mit äußerster Kürze abgefaßt.

DENKSCHRIFT

Der Grund der Bedenke über die Lage
des wissenschaftlichen Lebens
in Österreich

Verfaßt im Auftrag des Neuen Wiener Labors
am 4. November 1942

INHALT

	Seite
<i>I. Das Ersuchen der Vertreter des österreichischen wissenschaftlichen Lebens an die Volksvertretung (aus der Resolution vorweggenommen)</i>	5
<i>II. Begründung der Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen</i>	6
<i>III. Vorgeschichte der Enquete</i>	8
<i>IV. Ablauf der Enquete</i>	9
<i>V. Zusammenfassung der Beschwerden der Wissenschaft</i>	20
<i>VI. Resolution</i>	23

I.

Das Ersuchen der Vertreter des österreichischen wissenschaftlichen Lebens an die Volksvertretung

(Vorweggenommen aus der auf der Enquete angenommenen Resolution, welche auf Seite 23 vollständig abgedruckt ist)

..... Der Nationalrat möge daher beschließen:

1. Daß die Dotation der Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Anstalten für das Jahr 1949 entsprechend den Vorschlägen der Rektorenkonferenz der Hochschulen*) erhöht werde.

2. Die im Kapitel 12, Titel 2, § 2 des Bundesfinanzgesetzes für 1949 genannten Ausgaben für wissenschaftliche Anstalten und Beiträge für wissenschaftliche Zwecke in dem Ausmaß zu erhöhen, um damit einem analog zu ähnlichen ausländischen Organisationen**) zu schaffenden Oesterreichischen Forschungsrat die Möglichkeit zu geben, Ersprießliches im Dienste der österreichischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur zu leisten.

*) Die Vorschläge der Rektorenkonferenz 1948, die als Memorandum dem Nationalrat unterbreitet worden sind, sehen als Jahresziffer für die Sachdotation der Hochschulen 203 Millionen Schilling plus 1 Million Dollar vor. Zum Vergleich: Die entsprechende Ziffer im Bundesvoranschlag für 1938 war 64 Millionen Schilling, im Bundesvoranschlag für 1930 109 Millionen Schilling.

**) Unter „analogen ausländischen Einrichtungen“ werden Einrichtungen verstanden, wie das Department of Scientific and Industrial Research (Großbritannien), das Centre National de la Recherche Scientifique (Frankreich) oder die Akademie der Wissenschaften der USSR, die weit größere Vollmachten und Mittel als die Österreichische Akademie besitzt.

II.

Begründung der Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen

Die großen Entdeckungen, Erfindungen und technischen Entwicklungen der letzten Jahre haben nachdrücklichst aufs Neue bewiesen, daß Forschung lohnt. Man denke an die plastischen Massen, an Penicillin, an DDT, an die Verwendung elektrischer Höchstspannung, an die Ergebnisse von Tier- und Pflanzenzüchtung, von Radar und Atomenergie ganz zu schweigen. Länder, die die Forschungs- und Entwicklungsarbeit vernachlässigen, verlieren ihr wissenschaftliches Mitspracherecht und ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Förderung der Wissenschaft muß rechtzeitig einsetzen, weil eine Vernachlässigung sich auf viele Jahre hinaus zunehmend auswirkt. Es ist nicht möglich, einfach die Forschungsergebnisse des Auslandes zu übernehmen und selbst untätig zu bleiben, da man auf diese Weise dem Ausland einen ständigen Vorsprung überläßt und mit der Zeit das geschulte und erfahrene Menschenmaterial verliert, durch welches Forschungsergebnisse erst nutzbar gemacht werden können.

Diese Ueberlegungen gelten nicht nur für Naturwissenschaft und Technik. Die allgemein zunehmende Bedeutung aller Fragen der Organisation der menschlichen Gesellschaft erfordert eine ebenso gründliche Pflege der Geisteswissenschaften, z. B. des Rechtes, der Volkswirtschaftslehre und der Geschichte, und eine Versorgung dieser Gebiete mit hochqualifizierten Kräften.

Die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Oesterreich ist völlig unbefriedigend. Schon bis 1938 war bei weitem nicht das Nötige geschehen, um die Wissenschaft auf dem Stande des Auslandes zu halten. Das Naziregime und der Krieg haben sich katastrophal ausgewirkt. Leider ist aber auch seit der Befreiung die Bedeutung der Wissenschaft von den maßgebenden Stellen nicht genügend gewürdigt worden und es ist daher ein weiterer Substanzverlust eingetreten. Einzelheiten darüber werden in Abschnitt IV gegeben werden.

Die völlig ungenügende finanzielle Förderung des wissenschaftlichen Lebens ergibt sich aus dem Vergleich mit anderen Ländern. So beträgt jetzt der jährliche britische Aufwand für Forschung etwa

einkommens; davon entfallen 60 Prozent auf den Staat. Auch in USSR 100 Millionen Pfund Sterling, d. h. mehr als 1 Prozent des National- und USA wurde die 1-Prozent-Grenze vor, bzw. nach dem Krieg erreicht. In diesen Staaten werden 100, bzw. 60 Prozent des Aufwandes vom Staat getragen. In Oesterreich macht der staatliche Aufwand für „Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten“ (praktisch die einzige Finanzquelle der österreichischen Wissenschaft) im Voranschlagsentwurf für 1949 — unter Einrechnung des außerordentlichen Aufwandes, dessen Einhaltung fraglich ist — nur 70 Millionen Schilling aus. Da davon der weitaus überwiegende, wenn auch leider nicht näher bekannte Teil auf Unterricht und nicht auf Forschung aufgeht, dürfte der für Forschung aufgewendete Teil unseres Nationaleinkommens (etwa 25 Milliarden Schilling) weniger als 0,1 Prozent betragen. Oesterreich ist also nicht nur absolut, sondern auch relativ im Vergleich zu seiner Größe rückständig. Wie gut übrigens auch kleinere Länder imstande sind, Forschungen angemessen zu finanzieren und ihre Volkswirtschaft zum guten Teil auf ihre Ergebnisse zu gründen, zeigt das Beispiel von Ländern wie der Schweiz (chemische, mechanisch-technologische und energiewirtschaftliche Forschung), Dänemark und Finnland (landwirtschaftliche Forschung). Auch in Holland besitzt allein die Forschungsorganisation außerhalb der Hochschulen, für die in Oesterreich überhaupt kein Gegenstück existiert, ein Jahresbudget von 3 Millionen Dollar.

Besonders bedrohlich ist, daß nicht nur das absolute Niveau der Finanzierung der österreichischen Wissenschaft viel zu niedrig ist, sondern daß das Niveau auch weiter absinkt. Die Ausgaben für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten (einschließlich Unterricht) machen 1949 nur mehr 0,28 Prozent des Nationaleinkommens gegenüber 0,44 Prozent im Jahre 1938 aus. Dieses Absinken der Förderung des wissenschaftlichen Lebens wird vom Finanzminister ausdrücklich verteidigt (Abschnitt III). Im Gegensatz dazu verzeichnen z. B. Großbritannien und die Vereinigten Staaten eine Versechsfachung des Forschungsbudgets gegenüber der Vorkriegszeit.

III.

Vorgeschichte der Enquete

Nachdem die unerträgliche Notlage der österreichischen Wissenschaften in Artikeln und Memoranden der Professoren Baule, Chwala, Duschek, Ebert, Klemenc, Thirring und Wolff und des Dozenten Broda Ausdruck gefunden hatte, beschloß das Kuratorium des „Instituts für Wissenschaft und Kunst“ im Juli 1948 die Einberufung der Enquete.

Zu diesem Zweck wurde ein Arbeitsausschuß gegründet, an dessen Arbeiten die Professoren Chwala, Duschek, Marinelli, Thirring, Wolff, die Dozenten Broda, Glaser, Nowotny und Ing. Wührheim regelmäßig teilnahmen und der auch von den Professoren Ebert, Gicklhorn, Karlik, Knoll, Leitmeier, Loehr, Prziham und Weninger sowie von Dr. Heer aktiv unterstützt wurde.

Zunächst fanden unter Führung des Präsidenten Zechner Vorgesprachen des Arbeitsausschusses beim Unterrichtsminister und beim Finanzminister statt. Der Unterrichtsminister erkannte die Berechtigung der Beschwerden vollkommen an, verwies aber auf die Schwierigkeit, beim Finanzminister Unterstützung zu erhalten. Der Finanzminister selbst nahm insofern bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit eine grundlegend ablehnende Stellung ein, als er erklärte, die Wirtschaft müsse zuerst den Vorkriegsstand erreichen, bevor die Dotation der Wissenschaft wieder auf das Vorkriegsniveau gehoben werden könne.

Als nächsten Schritt sandte der Arbeitsausschuß „Richtlinien“ für ein Sofortprogramm an alle wissenschaftlichen Kreise aus und ersuchte um Einsendung weiterer konkreter Unterlagen über die Notlage der einzelnen Fächer. Die Richtlinien fanden praktisch einhellig in allen wissenschaftlichen Kreisen Zustimmung. Eine große Menge wertvolles Material lief ein und ist im Abschnitt V mitverwertet. Der Inhalt des Sofortprogramms ist in den durch die Resolution vorgeschlagenen praktischen Maßregeln enthalten (Abschnitt I und VI dieser Denkschrift).

Schließlich lud der Arbeitsausschuß die Vertreter der österreichischen Wissenschaft zu der Enquete ein, über die unter Abschnitt IV berichtet wird.

IV.

Ablauf der Enquete

Die Enquete fand am 4. November 1948 im Kleinen Festsaal des Wiener Rathauses statt. Unter den Anwesenden befanden sich der Präsident der Akademie der Wissenschaften Professor Ficker, der Rektor der Universität Wien Professor Denk und die Dekane Duda und Wolff, der Rektor der Technischen Hochschule Wien Professor Hopfner und die Dekane Chwala und Magyar, der Rektor der Hochschule für Welthandel Professor Kerschagl, von der Hochschule für Bodenkultur Professor Kisser, von der Universität Graz Prorektor Gerstinger und Dekan Jettmar, von der Technischen Hochschule Graz Prorektor Baule und Dekan Jantsch, und von der Montanistischen Hochschule Leoben — in Vertretung des Rektors — Professor Walzel. Vom Rektor der Universität Innsbruck war bereits vorher ein Begrüßungsschreiben eingelangt. Die österreichische Wissenschaft war also durchaus repräsentativ vertreten.

Die Enquete wurde durch den Präsidenten des Instituts für Wissenschaft und Kunst, den Präsidenten des Wiener Stadtschulrats Nationalrat Zechner eröffnet und durch den Bürgermeister der Stadt Wien General Dr. h. c. Th. Körner begrüßt. Im Präsidium nahmen die Herren Baule, Duschek, Ficker, Gerstinger, Kisser, Knoll, Loehr, Marinelli, Thirring, Walzel und Wolff Platz. Die Beratungen verliefen gemäß der folgenden Aufstellung:

<i>Vorsitz</i>	<i>Referent</i>	<i>Thema</i>	<i>Diskussionsredner</i>
Präs. Ficker	Prof. Duschek	Der gegenwärtige Stand der Forschung in Oesterreich und in anderen Ländern	Hofrat Loehr Doz. Franz Prof. Mainx Doz. Chmelka
Prorektor Baule	Dekan Chwala	Forschung u. Wirtschaftlichkeit	Doz. Franz Dipl.-Ing. Frank Prof. Rohrachner Sekt.-Chef Skrbensky Prof. Grzywienski Prof. Walzel Dipl.-Ing. Wirschimmetl

Vorsitz	Referent	Thema	Diskussionsredner
Dekan Wolff	Dozent Broda	Die Bedeutung der Grundlagenforschung	Prof. Karlik Dr. Hollitscher Prof. Ehrenhaft Prof. Kissner
Prof. Walzel	Ing. Wührheim	Wege zur Finanzierung der Forschung	Doz. Broda
Hofrat Loehr	Prof. Marinelli	Die Sorge für den wissenschaftlichen Nachwuchs	Dr. Heer Hofrat Loehr Sekt.-Chef Skrbensky
Prorektor Gerstlinger	Prof. Thirring	Die Organisation der Forschungsarbeit	Prof. Santifaller Dr. Rothschild
Prorektor Gerstlinger	Dozent Glaser	Zusammenfassung der Referate zur Kennzeichnung d. derzeitigen Lage des wissenschaftlichen Lebens in Oesterreich	
Prof. Marinelli		Verlesung der Resolution und Diskussion darüber	

Professor Duscek betont, daß der gegenwärtige katastrophale Zustand des österreichischen wissenschaftlichen Lebens die Frucht dreißigjähriger Vernachlässigung ist. Die Auffassung des Finanzministeriums, daß zuerst die Wirtschaft den Vorkriegsstand erreichen muß, bevor die Wissenschaft diesen Stand erreichen darf, ist vollkommen verkehrt. Die Wissenschaft ist kein Aufputz des öffentlichen Lebens, sondern eine entscheidende Voraussetzung für den Wiederaufbau. Die wissenschaftsfremde Einstellung der Behörden tritt z. B. in der Auffassung zutage, wissenschaftliche Assistenten seien als Verwaltungsbeamte zu betrachten, die man dann umso leichter abbauen kann. Die Engherzigkeit der Behörden war die Ursache der Auswanderung vieler Wissenschaftler, ein Umstand, der im eigenen Fach des Redners dazu geführt hat, daß derzeit im Ausland dreimal so viel gebürtige Oesterreicher als im Inland als Professoren der Mathematik tätig sind. Den praktischen Wert einer bleibenden Wissenschaft hat z. B. die Wiener medizinische Schule gezeigt, die aber tausende Studierende und Aerzte aus dem Ausland angezogen hat, ohne daß freilich der sich daraus ergebende Nutzen in dem Budget des Finanzministeriums erscheint. In anderen Ländern, z. B. USA und USSR, wird der Wert der Wissenschaft wohl erkannt. In England wird mehr als 1 Prozent des Nationaleinkommens für Forschungszwecke ausgegeben; 1 Prozent des österreichischen Nationaleinkommens würde mindestens 220 Millionen Schilling betragen. Aber auch kleinere Länder strengen sich weit mehr als Oesterreich an. Als weiteres Beispiel der

schlechten Behandlung der Wissenschaft durch die Behörden führt der Redner an, daß jedes Nebeneinkommen, sobald es die geringe Summe von S 600,— jährlich übersteigt, den Forscher mit seinem ganzen Einkommen der hohen Einkommensteuer — statt der Lohnsteuer — unterwirft. Hofrat Loehr, Vorsitzender der Landeskommission der UNESCO, betont die organische Einheit des Gesamtgebietes der Wissenschaft, einschließlich der Geisteswissenschaften. Oesterreich darf von internationalen Stellen eine Unterstützung seines wissenschaftlichen Lebens erhoffen, doch wird von unserem Lande mit Recht erwartet, daß es auch das Seine tue. Unter den Aufgaben, die mangels an Mitteln nicht erfüllt werden können, werden die Schaffung eines österreichischen Atlas und die Gründung eines Museums der Kultur Oesterreichs sowie eines Ordinariats für österreichische Geschichte genannt. Das österreichische wissenschaftliche Publikationswesen liegt ebenfalls im Argen. Für die Wissenschaftsförderung muß der öffentliche Haushalt vorsorgen, wobei aber zusätzlich die auch in Oesterreich vorhandenen vermögenden Kreise herangezogen werden sollen. Ueber die Verwendung der Fonds zur Förderung der Wissenschaft müssen die Fachleute mitentscheiden. Der Redner bezeichnet die Forschung als ein Vitamin des öffentlichen Lebens. Dozent Franz verweist auf das Beispiel eines anderen kleinen Landes, das ebenfalls mehrere Kriege hinter sich hat, nämlich Finnlands. Dort wurde vor kurzem neben der Akademie der Wissenschaften eine staatliche Akademie zur Leitung der wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeiten geschaffen, in die bisher zwölf hervorragende Wissenschaftler und Künstler berufen wurden. Die Mitglieder erhalten die höchsten Beamtengehälter und werden verpflichtet, neben ihrer Tätigkeit keinem Verdienst nachzugehen. Außerdem stehen dort 200 Forschungsstipendien zur Verfügung, die von den Professorenkollegien verteilt werden, sowie schließlich eine große Zahl von Stipendien für arme begabte Studenten. Professor Mainz verweist auf das Beispiel Italiens, wo vor kurzer Zeit ein Forschungsrat begründet wurde. Dozent Chmelka bringt die unerträgliche Lage der zur Abhaltung von Vorlesungen verpflichteten Dozenten zur Sprache, die oft nicht einmal einen Schilling pro Hörer und Semester erhalten.

Dekan Chwala zeigt an Hand konkreter Beispiele aus der angewandten Naturwissenschaft, in welchem Maß Forschung lohnt. Der Glühstrumpf Auers von Welsbach wurde mit ganz geringen Mitteln entwickelt und doch stellen die bisher erzeugten 6 Milliarden Glühstrümpfe einen Wert von vielen Milliarden Goldschilling dar. Ähnlich ist die Bedeutung der Auerschen Metallfadenlampe und des Auerschen Zündmetalls, welches enorme Mengen Holz erspart hat. Der winterharte Weizen hat es gestattet, den Weizenanbau um mehrere Breitengrade nach Norden vorzuschieben und damit Brot für Millionen zu gewinnen. Die hochgezüchtete Milchkuh gibt im Vergleich zu den

Kühen vor einem Jahrhundert einen drei- bis sechsfachen Milchertrag. Besonders wird auf die Bedeutung der Heilmittel Salvarsan und Penicillin verwiesen, welche das Ergebnis intensiver Forschungsarbeit sind. Die Benzinsynthese aus Erdgas, entwickelt aus dem deutschen Fischer-Tropsch-Verfahren, verspricht sich in Amerika neben der Gewinnung von Naturbenzin durchzusetzen. Der Referent zeigt am Beispiel der Schweiz, wo in vorbildlicher Weise Forschungen wirtschaftlich nutzbar gemacht werden, was auch in einem kleinen Land geleistet werden kann. Er fordert Steuerfreiheit für industrielle Forschung und die Bildung einer öffentlichen Forschungsgemeinschaft, in der Staat, Wirtschaft und Wissenschaft vereint sind. Dozent Franz zeigt die Möglichkeit zu besserer Selbstversorgung mit Lebensmitteln durch agrarische Forschung auf. Zu ihren Zielen gehören die Mechanisierung der Landarbeit, Tier- und Pflanzenzüchtung, Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, Standortverbesserungen (z. B. Be- und Entwässerungen), bessere Erntekonservierung; außerdem Verbesserung der Betriebs- und Absatzorganisation. Der Forschungsrat wird befürwortet. In Finnland hat Professor Virtanen bei der Genossenschaftszentrale ein Laboratorium ins Leben gerufen, welches sein Land auf den Gebieten der Grünfütterkonservierung und der Käseertechnik in die erste Reihe gerückt hat. Dipl.-Ing. Frank, Leiter der Planungsabteilung des Energieministeriums, berichtet über die gute Organisation der Forschung in der Schweiz, wo allerdings auch die Presse und die Gelehrten selbst im Volke ein größeres Interesse an der Wissenschaft wachhalten. Die Finanzierung ist unvergleichlich besser als bei uns. Allein der Bundeszuschuß zur Eidgenössischen Technischen Hochschule hat 1947 nicht weniger als 5,5 Millionen Franken betragen. In Bezug auf sein eigenes Gebiet fordert Dipl.-Ing. Frank die bessere Untersuchung des „Regeljahres“, d. h. eines Jahres mittlerer Wasserführung, auf das sich die Planung von Energiebauten gründet. Bei einem Jahresinvestitionsbedarf von 600 bis 700 Millionen Schilling könnten Untersuchungen, die ein halbes Prozent dieser Summe beanspruchen, Fehlinvestitionen im Ausmaß von 5 bis 10 Prozent verhindern. Angesichts der 16 bis 17 Prozent betragenden Uebertragungsverluste im österreichischen Verbundnetz würde eine großzügige Forschung auf dem Gebiet des Betriebes von Hochspannungsnetzen sowie der Leitfähigkeit von Materialien reich lohnen. Schließlich wird bedauert, daß der Ausbau der Elektrotechnischen Versuchsanstalt infolge finanzieller und bürokratischer Hindernisse trotz der unermühtlichen Bemühungen Professor Zwierinas nur schleppend vor sich geht. Professor Rohrachter würdigt die Bemühungen des Unterrichtsministeriums, ihm Apparate zur Verfügung zu stellen, stellt aber die allgemeine Unzulänglichkeit der Finanzierung der Wissenschaft fest, die ihn schon zu dem Gedanken

veranlaßt hat, seine Studenten einmal im Semester Geld sammeln zu schicken. Professor Rohrachter befürwortet die Schaffung einer wirtschafts- und sozialpsychologischen Forschungsstelle, welche für eine zweckmäßige Gestaltung der Arbeitsbedingungen an den Produktionsstätten sorgen könnte. An dieser Stelle ergreift Sektionschef Skrbensky das Wort und teilt mit, daß die Dotation der Hochschulen für das nächste Jahr verachtfaht werden soll. Ein neues Assistentengesetz wurde vom Ministerrat beschlossen, demzufolge der Höchstbezug eines Assistenten dem Bezug eines Ordinarius mit vierjähriger Dienstzeit gleichkommen soll. Als Begründung für die vollkommen unzulängliche Bereitstellung von Mitteln seit Kriegsende wird der Umstand angeführt, daß das Material unerhältlich war und daher Gelder verfallen sind. Es müsse auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates Rücksicht genommen werden. Gegen den Gedanken des Forschungsrates werden insofern Bedenken vorgebracht, als die Verteilung der verfügbaren Mittel durch die frei gewählten Funktionäre der Hochschulen ein Vorteil sei. Professor Walzel verweist auf die Dringlichkeit montanistischer Forschung. Die österreichische Montanindustrie muß insofern unter ungünstigen Bedingungen arbeiten, als die Eisen-erze arm sind und Kokskohle eingeführt werden muß. Diese Nachteile können nur durch die Qualität der Arbeit wettgemacht werden. Die Industrie hilft zwar bereitwillig, doch ist es durchaus abträglich, auch für den kleinsten Behelf von der Industrie abhängig zu sein. Die Idee der finanziellen Unterstützung durch einen Forschungsrat wird lebhaft unterstützt. Um Aufgaben ist es den Berg- und Hüttenleuten nicht bange. Z. B. sollten die Aufgabenkreise der Braunkohlenveredlung und der Aufbereitung armer Erze behandelt werden. Professor Grzywinski berichtet, daß er für seine hydrologische Lehrkanzel und sein Versuchslaboratorium nur je S 200,— pro Monat erhält. Die Assistentenzahl ist seit der Vorkriegszeit unverändert geblieben, während die Zahl der Studenten von 30 auf 300 emporgeschwollen ist. Oesterreich braucht unbedingt eine neuzeitliche wasserbauliche Versuchsanstalt. Auch Dipl.-Ing. Wirnschimmel der Donaukraftwerke A. G. betont die Notwendigkeit der Forschungsarbeit an Turbinen, elektrischen Maschinen und Baustoffen, sowie der Pflege der Erdmechanik und Strömungsforschung.

Dozent Broda befaßt sich mit dem Verhältnis von Grundlagen- und Zweckforschung. Zweckforschung kann zu keinen Erfolgen führen, wenn sie nicht durch eine aktive Grundlagenforschung stets von neuem belebt wird. Daher ist eine einseitige Konzentration auf Zweckforschung schädlich. Am Beispiel der Atomenergie wird gezeigt, daß man oft nicht voraussehen kann, zu welchen praktischen Ergebnissen die Arbeiten der Grundlagenforschung eines Tages führen werden. Ebenso wie für die Naturwissenschaft gilt diese Ueberlegung auch

für die Geisteswissenschaften. In Oesterreich hat die Grundlagenforschung in den letzten 30 Jahren besonders gelitten. Die großen Traditionen von Boltzmann, Stefan, Loschmidt und Smoluchowski sind im Zustand des Verdorrens. Zahllose der besten österreichischen Grundlagenforscher, wie Lise Meitner, Otto Frisch, Philipp Gross, Hermann Mark sind ins Ausland gedrängt worden. Apparate von entscheidender Bedeutung in der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung, wie Ultrazentrifugen, Wasserstoffverflüssiger und Hochspannungsapparate existieren in Oesterreich nicht, obwohl der Anschaffungspreis mäßig wäre. Beschämend ist die endgültige freiwillige Liquidierung des Vivariums, zu der die Akademie der Wissenschaften durch Entzug von Mitteln gezwungen wurde, nachdem dieses weltberühmte Institut der nazistischen Rassenpolitik und den Bomben vorläufig zum Opfer gefallen war. Oesterreich ist stolz auf die Zahl seiner Nobelpreisträger. Infolge der gegenwärtigen Vernachlässigung der Wissenschaft ist aber auf lange Zeit kaum mit vielen weiteren Nobelpreisträgern zu rechnen, da sich die Vernachlässigung der Wissenschaft erst im Laufe einer Generation voll auswirkt. Auch Frau Professor Karlik verweist auf die Bedeutung der Grundlagenforschung an Hand des Beispiels der Atomenergie. Sie bezeichnet die Pflege der Grundlagenforschung geradezu als einen Gradmesser der Kultur. Die Pflege der Grundlagenforschung erfordert von der Allgemeinheit Opfer, die sie ebenso zu tragen bereit sein muß, wie der Forscher selbst stets zu persönlichen Opfern bereit war und ist. Dr. Hollitscher beklagt, daß zwei der drei Lehrkanzeln der Philosophie der Wiener Universität, darunter die Kanzel Boltzmanns und Schlicks, seit Jahren unbesetzt sind. Auch die Geschichte der Wissenschaft steht in Oesterreich auf Hungerdiät. Ueber diesen Beitrag entspinnt sich eine Diskussion, indem Professor Ehrenhaft bezweifelt, ob sich ein Nachfolger Schlicks finden ließe. Professor Kissner betont, daß die Praxis der Zweckforschung immer wieder die Notwendigkeit erneuter Grundlagenforschung hervorruft. Der Redner wendet sich unter lebhaftem Beifall scharf gegen die Ueberlastung der Wissenschaftler mit Verwaltungsarbeit. 90 Prozent der Zeit des Wissenschaftlers sollen der Wissenschaft, höchstens 10 Prozent der Verwaltung gehören!

Ingenieur Wihrheim behandelt das Problem der Finanzierung der österreichischen Forschung (außerhalb des Unterrichtes). Unter dem Naziregime wurde die Forschung in dem entwickelteren „Altreich“ konzentriert und Oesterreich zur bloßen Uebernahme der deutschen Ergebnisse verurteilt. Daraus und aus der ein Jahrzehnt währenden Isolierung vom übrigen Ausland erklärt sich der gewaltige augenblickliche Investitionsbedarf der österreichischen Wissenschaft. Jede Forschungsarbeit stellt ein Wagnis dar und erfordert Opfer, doch sind diese Opfer notwendig. Geistige Unterernährung läßt sich

schwerer als körperliche Unterernährung wieder gut machen und führt zu schädlicher Abhängigkeit von den großen Wirtschaftsräumen. International wird heute anerkannt, daß Forschung eine gesellschaftliche Angelegenheit darstellt. Auch in Oesterreich muß die Finanzierung der Forschung durch den Staat gesichert werden. Man kann zwischen einem „Stoßbedarf“ zur Wiedergewinnung oder Sicherung von schon Besessenem, einem außerordentlichen Investitionsbedarf und laufenden Erfordernissen mit progressiver Tendenz unterscheiden. Für die nächsten fünf bis acht Jahre würden jährlich 40 bis 75 Millionen Schilling einschließlich Investitionen vorzusehen sein. Ein Teil dieses Betrages kann durch Umlagen auf die Wirtschaftskreise aufgebracht werden. Der Fonds muß, um die besten Früchte zu tragen, einheitlich verwaltet werden, wodurch der Gedanke des Forschungsrates gestützt wird. Die notwendigen Beträge sind hoch, aber Auslagen für Forschungen bringen die höchste Verzinsung. Dozent Broda bemerkt in Bezug auf das Unterrichts- und Forschungsbudget des Unterrichtsministeriums, daß es für 1949 in Schilling (70 Millionen) nur etwa das Doppelte von 1930 (32 Millionen) und das Dreifache von 1938 (22 Millionen) ausmacht, die Steigerung also bei weitem hinter der gleichzeitigen Steigerung der Preise zurückbleibt. Die von Sektionschef Skrbensky erwähnte Verachtfachung, über die publizierte Unterlagen leider nicht vorliegen, müsse mit diesen Zahlen verglichen werden. Besonders bedauernswert ist, daß sich Oesterreich freiwillig mit einer chinesischen Mauer umgibt, indem es für den Ankauf ausländischer wissenschaftlicher Literatur kein Geld bereit stellt. Oft sind auch die wichtigsten ausländischen Organe in Oesterreich überhaupt nicht vorhanden. Oesterreich ist also nicht bereit, Ergebnisse, deren Erlangung z. B. die Amerikaner sich Hunderte von Millionen Dollar kosten lassen, um einige tausend Dollar zu erwerben.

Professor Marinelli behandelt in temperamentvollen, oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen das Nachwuchsproblem. Dieses umfaßt die Sorge nicht nur um die Studenten, sondern auch um die Assistenten, ja selbst um die Professoren. Die Ueberfüllung der Hochschulen, der man aber nicht durch mechanische Erhöhung der Studienkosten begegnen darf, bedingt das Fehlen eines innigeren Kontaktes zwischen Professor und Student und Oberflächlichkeit der Ausbildung. Ein Praktikum für 60 Studenten kann nicht mit 14 Mikroskopen und zwei Assistenten geführt werden. Ein Professor kann nicht Hunderte Dissertanten anleiten. Für die Assistenten brauchen wir nicht nur finanzielle Besserstellung, so wichtig diese auch ist, sondern vor allem auch eine Verbesserung der wissenschaftlichen Atmosphäre, in der sie — wie auch die wissenschaftlichen Hilfskräfte — nicht als Schreibkräfte oder Verwaltungsbeamte mißbraucht werden. Die wissenschaftlichen Arbeiter müssen die Möglichkeit haben,

sich in geschlossenen Zeitperioden auf ihre eigene Arbeit zu konzentrieren; dies ist nur möglich, wenn genügend viele Schreibkräfte und Laboranten vorgesehen sind. Auch die Versorgung mit Literatur ist eine Bedingung für eine wissenschaftliche Atmosphäre. Gegenwärtig ist nicht nur keine Rede von der Auffüllung von Kriegslücken, sondern die Lücken werden immer größer, da nicht einmal die laufende Literatur bezogen werden kann. Wenn einmal anerkannt wird, daß die wissenschaftliche Publikation ein Lebenselement jedes Forschungsbetriebes ist, dann wird auch die beschämende österreichische Krise des wissenschaftlichen Verlagswesens behoben sein. Die Kleinheit Oesterreichs ist keine Rechtfertigung für die Stagnation des Verlagswesens; ausländische Zeitschriften, die sich an ein kleineres Publikum wenden, z. B. Zeitschriften in dänischer Sprache, sind imstande zu gedeihen. Zur Förderung des Nachwuchses gehört es schließlich auch, daß junge Wissenschaftler die Möglichkeit haben, im Auslande zu lernen. Dies darf aber nicht zu einer „Exportförderung“ führen, indem den jungen Leuten nachher keine anziehende Arbeit in Oesterreich geboten wird und Oesterreich gerade seine besten Kräfte verliert. Dr. Heer verweist auf die Vernachlässigung der Generation, die gerade vor dem Krieg ihr Studium beendet hat und dann zum Militär eingezogen wurde. Wenn sie sich nach Kriegsende um Staatsanstellungen bewarben, wurde von ihnen vielfach die Unterzeichnung eines Reverses verlangt, wonach sie weder wissenschaftlich arbeiten, noch eine Habilitation anstreben dürfen. Hofrat Loehr bekräftigt die Notwendigkeit, für diese Generation etwas zu tun. Sektionschef Skrbensky berichtet, daß 1949 die Zahl der Assistenten um 20 Prozent gesteigert werden soll.

Als Beispiel für die Organisation eines Forschungsrates berichtet Professor Thirring über das britische Department of Scientific and Industrial Research (DSIR). In keinem Lande, wo eine Akademie und ein Forschungsrat nebeneinander existieren, besteht ein Kompetenzkonflikt. Die Akademien sind ihrem Wesen nach Vereinigungen von Gelehrten zum Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse und zur Herausgabe von Publikationen. Dagegen würde ein Oesterreichischer Forschungsrat ebenso wie das DSIR der Organisierung und Finanzierung der Forschung dienen. Das DSIR untersteht einem Minister ohne Portefeuille, der einen Beirat aus Vertretern der Wissenschaft und Wirtschaft ernannt. Zu den Aufgaben der DSIR gehört erstens die Errichtung und Erhaltung von Forschungsinstituten, deren es gegenwärtig 10 gibt, zweitens die Unterstützung von Arbeiten an den Hochschulen (Forschungsstipendien) und drittens die Leitung von Forschungsgemeinschaften (Research Associations) in Industriezweigen. Es gibt heute ungefähr 35 solche Gemeinschaften, z. B. für Eisen, Schweißtechnik, Leinen, Verbrennungsmotoren, Bäckereitechnik. Sie sind halb

vom Staat und halb von der Industrie finanziert. Während sonst die sehr große Zahl von Kleinbetrieben zur Erhaltung von Forschungslaboratorien außerstande ist, können sie sich sehr wohl an der Finanzierung der Gemeinschaften beteiligen. Gleichzeitig wird auf diese Weise die Geheimniskrämerei, die mit dem Betrieb von Laboratorien durch Einzelfirmen verbunden ist, ausgeschaltet. Das Budget der Gemeinschaften ist von $\frac{1}{4}$ Millionen Pfund 1930 auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund 1947 angewachsen. Für Oesterreich wäre z. B. die Erforschung des Baues von Staubecken, wie sie bereits in Skandinavien betrieben wird, dringlich. Zu studieren wäre auch nach Schweizer Muster der Betrieb von Wärmepumpen, welche in unserem wasserkraftreichen Lande die Kohleneinfuhr herabsetzen könnten. In Oesterreich würde der Forschungsrat wohl außer den Naturwissenschaften im engeren Sinne auch die Geisteswissenschaften und die landwirtschaftliche und medizinische Forschung betreuen, während in England die beiden letzteren Zweige eigenen Organisationen übertragen sind. Professor Santifaller, Leiter des Staatsarchivs, begrüßt die Idee des Forschungsrates. Er hat die systematische Bearbeitung von 14 historischen Problemkreisen, z. B. des Babenberger Urkundenbuchs, der Matrikel der Universität Wien, der österreichischen Geschichtsschreiber des späteren Mittelalters und der diplomatischen Korrespondenz aus dem österreichischen Staatsarchiv in Angriff genommen. Bisher liegen Manuskripte vor, deren Drucklegung 300.000 Schilling kosten wird. Wenn sie nicht in absehbarer Zeit erfolgt, wird nicht nur dieses unschätzbare Material nutzlos bleiben, sondern die Mitarbeiter werden auch der Entmutigung unterliegen. Wenn aber die Arbeit gefördert wird, kann Oesterreich in Bezug auf Geschichtsschreibung des Mittelalters an die Spitze der Kulturstaaten treten. Zur Finanzierung des Forschungsrates sollten auch die Kreise des Finanz- und Versicherungswesens herangezogen werden. Dr. Rothschild (Institut für Wirtschaftsforschung) verlangt die Förderung der Volkswirtschaftslehre und die Errichtung eines Instituts für langfristige Arbeiten auf dem Gebiet der empirischen Wirtschaftsforschung sowie schließlich die bessere Pflege der Statistik.

Dekan Duda stellt den Antrag, der Arbeitsausschuß möge zur Beratung eines Statutenentwurfes des Oesterreichischen Forschungsrates ein aus Vertretern der interessierten Einrichtungen zusammengesetztes konstituierendes Komitee einberufen. Dieser Antrag wird nach längerer Diskussion, an der sich Thirring, Ebert, Wolff, Duschek, Wolf, Marinelli, Loehr, Strebing, Mayer, Ficker, Grünsteidl, Franz, Ehrenhaft, Kissner, Schima, Machatschki und Skrbensky beteiligen, mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Zunächst soll das Komitee Vertreter der folgenden Körperschaften einschließen:

Akademie der Wissenschaften, Nationalbibliothek, Oesterreichisches Staatsarchiv, Zentralanstalt für Meteorologie, Geologische Bundesanstalt, Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Universitäten Wien, Graz, Innsbruck, Technische Hochschulen Wien, Graz, Montanistische Hochschule Leoben, Hochschule für Bodenkultur, Hochschule für Welthandel, Tierärztliche Hochschule, Bundesministerien für Unterricht, Handel und Wiederaufbau, Energiewirtschaft und Elektrifizierung, Land- und Forstwirtschaft, Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. Ein Antrag Duscheks, auch die Arbeiterkammer, die Landwirtschaftskammer und das Institut für Wissenschaft und Kunst einzuladen, wird der Einfachheit halber zurückgezogen, nachdem unter allgemeiner Zustimmung festgelegt wird, daß das Komitee in seiner provisorischen Zusammensetzung weitere Körperschaften zur Teilnahme einladen kann.

Dozent Glaser faßt die Ergebnisse der Beratungen nochmals zusammen, wobei er auch den Inhalt der Zuschriften von Anstalten verwertete, welche nicht durch einen Delegierten vertreten werden konnten. Die Tatsache allein, daß es in Oesterreich wissenschaftliche Institute gibt, wie z. B. das Kärntner Landesmuseum, welche trotz größtem Interesse finanziell außerstande sind, sich an Beratungen über die Zukunft der Wissenschaft in Oesterreich zu beteiligen, wirft ein Licht auf die Lage der Wissenschaft in Oesterreich im Allgemeinen und in den hochschullosen Bundesländern im Besonderen. Besondere Bedeutung wird vom Redner dem auf der Tagung erbrachten Beweis zugeschrieben, daß auch kleine Länder ein Forschungsleben finanzieren können. Aus eigener Erfahrung verweist er auch auf das Beispiel Schwedens, wo Gewerkschaften und Genossenschaften praktisches Verständnis für die Wissenschaft an den Tag legen. Es darf erwartet werden, daß die Wissenschaft den Weg der gemeinsamen Bemühung um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen weitererschreiten wird, ohne daß einzelne Forschungsrichtungen gegen andere ausgespielt werden. Vielleicht bedeutet dies auch einen Schritt auf dem Weg zum Ziel, das wohl allen am Herzen liegt, nämlich zur Aufstellung eines gemeinsamen einheitlichen Weltbildes der Wissenschaft.

Unter dem Vorsitz Professor Marinellis wird zur Beratung des Resolutionsentwurfes des Arbeitsausschusses übergegangen. Nach kurzer Diskussion wird festgestellt, daß der Voranschlag für 1949 — der für das Unterrichtsressort im einzelnen leider noch immer nicht vorliegt, obwohl die Budgetverhandlungen im Nationalrat schon begonnen haben — keinesfalls die Forderungen der Rektorenkonferenz 1948 erfüllt; daher besteht kein Anlaß, den Punkt 1 der Resolution abzuändern und dieser wird ohne Widerspruch in der vorgeschlagenen Form angenommen. Betreffend den Punkt 2 wird nach reger Dis-

kussion, an der sich insbesondere auch Baule, Duda, Wolff, Duschek und Schenk beteiligen, in einer gegenüber dem ursprünglichen Entwurf präzisierten Form ohne Gegenstimme angenommen. Der Text ist in Abschnitt VI wiedergegeben.

Schließlich entbietet Professor Przi Bram dem Präsidium des Instituts für Wissenschaft und Kunst und dem Arbeitsausschuß den Dank der Versammlung für ihre Bemühungen, Professor Duschek spricht Herrn Bürgermeister Körner und allen Teilnehmern den Dank des „Institutes“ aus und betont, daß es nicht zuletzt den Bemühungen des „Institutes“ zu danken sei, wenn wirklich die Behörden sich entschlossen haben sollten, eine verständnisvollere Haltung gegenüber der Wissenschaft einzunehmen. Hierauf wird die Enquete geschlossen.

V.

Zusammenfassung der Beschwerden der Wissenschaft

A. Allgemeine finanzielle Lage.

1. Schon der Vorkriegsstand der Finanzierung war unbefriedigend, wie sich z. B. aus dem Rückgang um ein Drittel zwischen 1930 und 1938 erweist.
2. Die Steigerung der Nominalsätze (Schillingbeträge) der Finanzierung seit der Vorkriegszeit (im ganzen auf das Dreifache) ist unbefriedigend. Gelegentlich (Universität Innsbruck) werden nicht einmal die Nominalsätze von 1938 erreicht.
3. Die gegenwärtigen Sätze sind umso weniger zufriedenstellend, als mannigfache Kriegsschäden zu beseitigen und Kriegslücken zu füllen sind.
4. Im Gegensatz zu Oesterreich wird die Wissenschaft im Auslande allgemein weit besser dotiert als vor dem Kriege, wodurch die relative Lage Oesterreichs weiter verschlechtert wird.

B. Personalaufwand.

1. Die Gehälter der Wissenschaftler, besonders der Professoren und Assistenten, sind zu niedrig. Daß Dozenten praktisch unbezahlte Arbeit leisten müssen, ist unhaltbar.
2. Literarische wissenschaftliche Arbeit versetzt die Autoren aus dem Bereich der Lohnsteuer in den der Einkommensteuer, was praktisch einer Bestrafung wissenschaftlicher literarischer Tätigkeit gleichkommt.
3. Zu viele Lehrstühle bleiben unbesetzt. Beispiele: Philosophie und Nationalökonomie an der Wiener Universität. Ebenfalls ist die Zahl der Assistenten, insbesondere im Hinblick auf die gewachsene Studentenzahl, viel zu klein. Betreffend Ueberlastung mit Verwaltungsarbeiten siehe unter C und E.
4. Zur Aufrechterhaltung des Niveaus der österreichischen Wissenschaft muß Wissenschaftlern die Möglichkeit geboten werden, Studienreisen ins Ausland zu unternehmen und Kongresse zu besuchen.

C. Das Problem des Nachwuchses.

1. Die Qualifikation der Studenten leidet durch die Ueberfüllung der Hochschulen. Diese Ueberfüllung kann aber nicht durch mechanische Reduktion der Zahl, sondern lediglich durch Auslese der Begabten hintangehalten werden. Diese Auslese kann nur durch engen Kontakt zwischen Hörer und Lehrer erfolgen. Für tauglichen Nachwuchs müssen dann auch Stipendien zur Verfügung stehen.
2. Die Sorge um den Nachwuchs erfordert Arbeitsbedingungen, die der Würde der Wissenschaft entsprechen und in denen man hohe Qualität der Arbeit verlangen kann, d. h. entsprechende Einrichtungen, entsprechende Bezahlung der Lehrer und Assistenten, entsprechende Versorgung mit technischen Hilfskräften und Verfügbarkeit von Literatur.
3. Zur Nachwuchsfrage gehört auch, daß Assistenten und Professoren Zeit finden müssen, sich auf ihre Arbeit zu konzentrieren und daß sie weder als Verwaltungsbeamte mißbraucht werden, noch auf nervenaufreibenden Nebenerwerb angewiesen sind.
4. Das wissenschaftliche Denken muß durch Austausch von Personen mit dem Ausland befruchtet werden. Es dürfen aber nicht einseitig die begabten Oesterreicher ohne Hoffnung auf Rückkehr „exportiert“ werden.

D. Sachaufwand.

1. Mittel zur Bestreitung des Sachaufwandes werden den Lehrkanzeln nur unregelmäßig zugewiesen. Daraus ergibt sich erstens, daß die Arbeit nicht geplant werden kann, und zweitens, daß ein Element der Willkür in die Zuteilung der verfügbaren Summen durch die Ministerialbeamten eintritt.
2. Der Sachaufwand ist viel zu niedrig. Nicht nur können moderne Apparate nicht angeschafft werden, sondern sogar die Erhaltung des Bestehenden ist ein Problem.
3. Die „Ämts- und Kanzleierfordernisse“ sind auf einem absurden Niveau. Z. B. betrug die Zuteilung an das Paläontologische Institut der Wiener Universität 1947/48 S 1,98 monatlich.
4. Die Mittel zur Bezahlung der Fachliteratur sind so gering, daß nicht nur die Kriegslücken nicht aufgefüllt werden, sondern auch laufend nur die wenigsten Publikationen erstanden werden können. Dies ist auch ein Hauptgrund für die gegenwärtige Krise des wissenschaftlichen Verlagswesens in Oesterreich. Eine Folge der Verlagskrise ist, daß wertvollste Manuskripte ungedruckt vermodern. Z. B. liegen

auf dem Gebiet der österreichischen Geschichtsforschung ungedruckte Manuskripte vor, deren Druckkosten S 300.000 ausmachen würden.

5. Der Zustand der Bibliotheken ist unbefriedigend. Die räumliche Unterbringung z. B. der Nationalbibliothek und der Wiener Universitätsbibliothek ist unerträglich. Die Nationalbibliothek hat keine Mittel zur Aufstellung eines vollständigen, dem Publikum zugänglichen Kataloges.
6. Durch Mangel an Mitteln können nicht nur keine neuen Institute begründet werden, sondern sogar zerstörte Institute, wie das Vivarium und das Institut für medizinische Kolloidchemie in Wien, können nicht wieder errichtet werden.

E. Organisation der Forschung.

1. Die Organisation an den bestehenden Forschungsstätten muß rationalisiert werden, indem die qualifizierten Kräfte durch Bereitstellung von Verwaltungsbeamten, Schreibkräften und minderqualifizierten technischen Kräften, wie Laboranten, Kräften zur Durchführung mechanischer Rechenarbeit usw. entlastet werden.
2. Neben den Hochschulen ist ein Oesterreichischer Forschungsrat zu schaffen, der im Gegensatz zu den ersteren ohne Rücksicht auf Unterrichtsaufgaben staatlichen Erfordernissen dient. Unter den österreichischen Verhältnissen soll der Forschungsrat nicht nur die Natur- und technischen Wissenschaften im engeren Sinn, sondern auch die Geisteswissenschaften und die landwirtschaftliche und medizinische Forschung betreuen.
3. Der Forschungsrat soll enge Beziehungen zur Akademie der Wissenschaften halten, ohne aber mit ihr identisch zu sein. Er soll staatliche Gelder verwalten und daher auch für seine allgemeine Arbeitsrichtung den gesetzgebenden Körperschaften verantwortlich sein.
4. Die Wirtschaftskreise, die letzten Endes aus den Arbeiten des Forschungsrates Nutzen ziehen werden, sollen zur Finanzierung seiner Arbeiten herangezogen werden. Auch in personeller Hinsicht sollen diese Wirtschaftskreise am Forschungsrat mitbeteiligt sein. Jedoch muß das Prinzip der Unabhängigkeit gewahrt bleiben, damit langfristige Planung ohne übermäßige Voranstellung von Augenblicksaufgaben, die unmittelbaren Gewinn versprechen, gewährleistet ist.

Resolution

Die Teilnehmer an der Enquete über die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Oesterreich, die am 4. November 1948 im Festsale des Wiener Rathauses getagt hat, sind zu dem Ergebnis gekommen:

Die Wissenschaft Oesterreichs befindet sich in einer unerträglichen Notlage. Die dem wissenschaftlichen Leben gewährte finanzielle Unterstützung liegt nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum Bundesbudget und im Verhältnis zum Nationaleinkommen weit unter dem Niveau von 1937. Dieses Niveau war aber selbst als das Resultat eines vieljährigen Sparregimes viel zu niedrig.

Mit Rücksicht einerseits auf die einzigartige Bedeutung der Wissenschaft für den materiellen und kulturellen Wiederaufbau unseres Landes und andererseits auf die außerordentlichen Anstrengungen des Auslandes zur Förderung des wissenschaftlichen Lebens muß der von den Behörden vertretene Standpunkt abgelehnt werden, daß die Wirtschaft zuerst den Stand von 1937 erreichen muß, bevor die Wissenschaft diesen Stand erreichen darf. Dieser Standpunkt läßt sich umso weniger aufrecht erhalten, als die Wissenschaft große Kriegsschäden gutmachen und Kriegslücken füllen muß. Wenn die staatlichen Stellen auf ihrem Standpunkt beharren, so wird die Wissenschaft einen auf lange Zeit nicht mehr wettzumachenden Substanzverlust erleiden und ihre Weltgeltung völlig verlieren.

Außerdem ist es hohe Zeit, daß eine organisatorische Aenderung im österreichischen wissenschaftlichen Leben vorgenommen wird und ebenso wie in anderen Kulturländern Möglichkeiten zur Unterstützung von dringenden Forschungsaufgaben unabhängig vom Unterrichtsbetrieb geschaffen werden.

Wenn dies nicht geschieht, wird die österreichische Wissenschaft nicht in der Lage sein, jenen Beitrag für den Wiederaufbau und die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft zu leisten, der unter den heutigen Verhältnissen eine unumgänglich notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche, dem Ausland ebenbürtige österreichische Wirtschaft ist.

Der Nationalrat möge daher beschließen:

1. Daß die Dotation der Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Anstalten für das Jahr 1949 entsprechend den Vorschlägen der Rektorenkonferenz der Hochschulen erhöht werde.

2. Die im Kapitel 12, Titel 2, § 2 des Bundesfinanzgesetzes für 1949 genannten Ausgaben für wissenschaftliche Anstalten und Beiträge für wissenschaftliche Zwecke in dem Ausmaß zu erhöhen, um damit einem analog zu ähnlichen ausländischen Organisationen zu schaffenden Oesterreichischen Forschungsrat die Möglichkeit zu geben, Erspießliches im Dienste der österreichischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur zu leisten.

